bereitet werden. Das Konzept der Bischofskonferenz sieht eine Reihe von seelsorglichen Initiativen vor, "die mithelfen sollen, daß der Papstbesuch für die Kirche in der Schweiz zu einem fruchtbaren geistlichen Ereignis wird und zu einem erweiterten und vertieften Verständnis für die Anliegen der Weltkirche führt" (Pressekommuniqué). Die Synode 72 hatte in einer gesamtschweizerischen Entschließung "ein Gesamtkonzept kirchlicher Medienarbeit in pastoraler und struktureller Hinsicht" und zu diesem Zweck "die Schaffung eines schweizerischen Organs als Ort gemeinsamer Planung und Entscheidungen (z. B. in Form eines Medienrates)" gefordert. Nachdem bei der Vorbereitung eines solchen Medienrates namentlich von den sprachlichen Minderheiten zunehmend Bedenken geäußert wurden und das Vorhaben auch von den Medienorganisationen unzureichend unterstützt wurde, beschloß die Bischofskonferenz nach langwierigen Verhandlungen die Schaffung einer eigenen Medienkommission. Diese soll die Bischofskonferenz beraten und die katholische Medienarbeit in der Schweiz fördern.

Vom 9. bis 15. März fand in Port au Prince (Haiti) die 19. Vollversammlung des Lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM statt. Deren Eröffnung war der letzte große Akt des Papstes auf der Reise durch die mittelamerikanischen Staaten vor seiner Rückkehr nach Rom (vgl. ds. Heft, S. 149). Wichtigster Tagesordnungspunkt der Vollversammlung, die sich aus den Vorsitzenden der nationalen Bischofskonferenzen Lateinamerikas, je einem Delegierten der nationalen Bischofskonferenzen, dem Präsidium und den Kommissionsvorsitzenden von CELAM zusammensetzt - gegenwärtig insgesamt 56 Personen -, war die Neuwahl des Präsidiums des Bischofsrats. Neuer Präsident von CELAM wurde dessen bisheriger Generalsekretär, der aus Süditalien stammende, 60jährige Bischof von Avellaneda (Argentinien), Antonio Quarracino. Quarracino löst nach einer vierjährigen Amtsperiode den jüngst zum Kardinal ernannten Erzbischof von Medellin (Kolumbien), Alfonso López Trujillo, ab, der, bevor er 1979 Präsident wurde, ebenfalls Generalsekretär des CELAM war. Vizepräsidenten wurden die Bischöfe Felipe Benitez (Villarica, Paraguay) und Clemente Isnard (Nova Friburgo, Brasilien). Sie lösen die bisherigen Vizepräsidenten Bischof Luciano Cabral Duarte von Aracaju (Brasilien) - ein enger Vertrauter von Kardinal López Trujillo - und Erzbischof Roman Arrieta Villalobos von San José (Costa Rica) ab - letzterer ist zugleich Präsident des mittelamerikanischen Bischofsrates SEDAC. Quarracino wurde erst im zweiten Wahlgang mit der nötigen Mehrheit gewählt. Auf Quarracino entfielen dabei 36 Stimmen, 19 Stimmen gingen an den Vorgänger von López Trujillo als Präsident, den brasilianischen Kardinal Aloisio Lorscheider. Quarracino ist unter der Präsidentschaft von López Trujillo wenig hervorgetreten. Er gilt, gemessen an seinem Heimatland Argentinien, als ein in pastoralen wie in sozialen Fragen relativ aufgeschlossener Bischof. Neuer Generalsekretär wurde der mehrjährige Leiter des

Mediendepartements von CELAM, Dario Castrillón, seit 1976 Bischof von Pereida (Kolumbien). – Hauptthemen der Versammlung waren die Bekämpfung der Armut in Mittelamerika, die Jugendpastoral und ein für Mittelamerika besonders brisantes Thema: der zunehmende Einfluß von nordamerikanischen und fernöstlichen Sekten. Dazu wurden mehrere Empfehlungen verabschiedet. Auch das Thema "Volkskirche" (vgl. ds. Heft, S. 149) spielte auf der Versammlung eine Rolle. Während der Papst vor allem warnte, diese dürfe nicht zu einer Parallelkirche werden und habe sich von ideologischen Einflüssen fernzuhalten, setzte sich auf der CELAM-Versammlung die Überzeugung durch, die verschiedenen Formen der "Iglesia popular" müßten unter Berücksichtigung einer "gesunden Theologie" erst genauer beobachtet werden.

Die katholischen Bischöfe der Philippinen haben in einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 15. 2. 83 grundlegend zu den Problemen der philippinischen Gesellschaft Stellung bezogen. Sie fordern die Regierung nachdrücklich auf, bei der Bekämpfung der Subversion den Rahmen der Legalität zu wahren und die Menschenrechte zu respektieren. Sie solle zudem eine klare Definition dessen geben, was sie unter Subversion verstehe, und so der Willkür staatlicher Organe Einhalt gebieten. Die Bischöfe sehen die steigende Neigung zur Gewaltanwendung seitens staatlicher Stellen wie einzelner kirchlicher Mitarbeiter als Ausdruck einer tiefgreifenden Gesellschaftskrise. Diese habe ihre Ursachen insbesondere in der Armut weiter Bevölkerungskreise, die durch die einseitige Wirtschaftspolitik der Regierung eher noch verstärkt werde. Die ungerechten Praktiken mancher vom Staat geförderter multinationaler Konzerne und die ungenügende Bekämpfung der Korruption seien geeignet, den Gerechtigkeitssinn der Menschen noch mehr zu erschüttern, zumal angesichts der zunehmenden Militarisierung des Landes auch legitime Kritik allzu leicht als Hochverrat verfolgt werde. Die Kirche verwahrt sich gegen den Vorwurf, hiermit politisch tätig zu werden. Vielmehr sei es ihre ureigene Aufgabe, im Sinne des Evangeliums auf eine gerechte Gesellschaft hinzuwirken, vor allem, wenn durch die Politik moralische Werte gefährdet seien. Die Bischöfe mahnen deshalb die Gläubigen, gerechten Gesetzen des Staates zu folgen, diese aber nicht über das göttliche Gesetz zu stellen. Die Priester sollten im Geist des Evangeliums und der kirchlichen Soziallehre (und nicht weltlicher Ideologien) handeln, wobei ihr besonderes Augenmerk den Rechten und der moralischen Würde der Armen zu gelten habe (detaillierte Richtlinien für kirchliche Mitarbeiter sollten demnächst veröffentlicht werden). Aber auch Staat und Militär sind aufgerufen, den Aufbau einer wahrhaft gerechten und pluralistischen Gesellschaft zu fördern. Der Hirtenbrief zeigt die Entschlossenheit der Kirche, in den eigenen Reihen keine kommunistische Subversion zuzulassen, aber zugleich jene zu ermuntern, die ehrlich aus christlichem Glauben handeln.

Zeitschriften

Theologie und Religion

SCHWAGER, RAYMUND. Das Mysterium der übernatürlichen Natur-Lehre. Zur Erlösungslehre des Maximus Confessor. In: Zeitschrift für Katholische Theologie Jhg. 105 Heft 1 (1983) S. 32–57.

Als Schlüsselbegriff in der Soteriologie des Maximus Confessor, eines der wichtigsten Theologen für die Weiterentwicklung der Christologie von Chalkedon, weist Schwager den der Natur auf: In der Sünde hat der Mensch gegen das vom Schöpfer seiner Natur mitgegebene Streben nach der Ver-

göttlichung gehandelt und wurde dadurch der Leidenschaft und dem Tod unterworfen. Christus hat die Natur erneuert, indem er durch seinen Tod dem Gesetz der Sünde in der Natur den Lösepreis bezahlte; die volle Erlösung des einzelnen geschieht durch "Einigung des freien Willens mit der Zeitschriften 191

erneuerten Natur in der Taufe und in der Nachfolge Christi". Die Gnadenordnung verstehe Maximus als fundamentale Erneuerung der ursprünglichen Natur. Das Grundproblem dieser Erlösungslehre besteht nach Schwager darin, daß Maximus letztlich keinen urteilenden Willen und damit keine menschliche Freiheit in Christus kennt. Gegenüber der paulinischen Deutung des Zusammenhangs von Sünde und Tod Iesu werde im Erlösungsverständnis des Maximus das dramatische "Mitspiel" der sündigen und zu rettenden Menschen um einen Schritt zurückgedrängt. So habe Maximus die Herrschaft der Sünde über die menschliche Natur und in ihr Fortwirken auch ganz in die geschlechtliche Lust verlegen müssen.

ULRICH, HANS G. Erwartungen an das Reden von Gott. In: Evangelische Theologie Jhg. 43 Heft 1 (Januar/Februar 1983) S. 38–52.

Der Autor stellt die These auf, daß die in der neueren Theologie allüberall anzutreffende Frage, welchen Sinn es habe, von Gott zu reden, genauer besehen vom Reden von Gott eher weg- als zu ihm hinführe. Die Bemühung um universale Gottesbegriffe ("Gott als die alles bestimmende Wirklichkeit") mache Gott zum nichteinholbaren Gott, der der menschlichen Erfahrung in jeder Hinsicht voraus sei. Ulrich meint demgegenüber, es komme im konkreten Glaubensgespräch nicht um einen solchen universalen Gottesbegriff an, sondern auf die Bedeutung bestimmter Aussagen von Gott: "Wenn wir wirklich von Gott reden und nicht über das Reden von Gott reflektieren, lassen wir uns auf bestimmte Aussagen ein, die selbst einen Sinn haben." Das Reden von Gott müsse immer vom Handeln Gottes ausgehen; es greife diesem Handeln nicht in einer umfassenden Aussage oder Sinndeutung vor, sondern schreite zu weiteren Aussagen fort. Ulrich beruft sich dabei auf biblische Zeugnisse, etwa das Reden von Gott im Hiobbuch, Auch das Neue Testament gehe im Sprechen über Gott von einem Handeln Gottes aus, in dem eine neue Gotteserfahrung begonnen habe. So kann Ulrich die rhetorische Frage stellen: "Was hindert uns ... in dem Diskurs zu bleiben, in dem die Bemühung um rechtes Reden von Gott geschieht?"

Kultur und Gesellschaft

GUGGENBERGER, BERND. Die neue Macht der Minderheit. In: Merkur Jhg. 37 Heft 2 (1983) S. 123–133.

Die Ausgangsfrage Guggenbergers lautet: Ist David wieder einmal dabei, über Goliath zu triumphieren? Mit David meint er die vielen Bürgerinitiativen, Widerstandsgruppen, die Einspruchs- und Verteidigungsbewegungen, die dem Goliath mit den staatlichen Institutionen und sie tra-

genden Mehrheiten penetranter Konsequenz und erstaunlichem Erfolg zusetzen. Neu in der Geschichte der Guerillabewegung lasse sich eine ähnlich abrupte Verkehrung der Kräfte feststellen. Guggenberger führt das - möglicherweise von ihm überschätzte Phänomen - auf markante psychologische Vorteile von Minderheitengruppen gegenüber den Staat und Gesellschaft repräsentierenden Mehrheiten zurück: Z.B. sei die Mehrheit auf Mäßigung und Toleranz verpflichtet, diese werden für sie zu Funktionstugenden, während es bei den Minderheiten einen "Systemzwang" zum Radikalismus gebe. Er nennt aber auch psychologisch verstärkte sachliche Gründe: z.B. mehr Sachkompetenz bei Minderheiten infolge direkter Betroffenheit ("Betroffenheit als Lehrmeister") verbunden mit entsprechend höherer Aktivität. Da es sich dabei vielfach um nicht kompromißfähige Wertkonflikte handle. lassen sie sich nach Guggenberger nicht einfach mit Hilfe des Mehrheitsprinzips austragen, dieses greife nur in politischen "Normalzeiten". Deswegen gelte es, "die Voraussetzungen, an welche Akzeptanz und Rechtfertigungsfähigkeit der Mehrheitsregel gebunden sind, wieder deutlicher ins Bewußtsein zu heben".

MIETH, DIETMAR. Leib und Leistung. In: Lebendiges Zeugnis Jhg. 38 Heft 1 (März 1983) S. 25–42.

"Theologisch-ethische Bemerkungen zum Phänomen des Sports in der Leistungsgesellschaft" nennt der Autor seinen Beitrag. Die Ambivalenz der Leibes- bzw. der Leistungskultur ist der Ausgangspunkt dieses Versuches einer Neubesinnung auf den Zusammenhang von Leib und Leistung. Das Phänomen des Sports sei heute an das Leistungsprinzip in der Gesellschaft gebunden. Dabei verhindere die Einseitigkeit, mit der die Leistung im Sport herausgestellt werde, die Ganzheitlichkeit der Achtung vor dem Leib eher, als daß sie sie fördere. Das Ethos des Leibes im Bereich des Sports faßt der Autor als "Ethos der Sinngebung und der Sinnerfüllung" auf. "Je funktionaler der Sport betrachtet werde, um so weniger erzeuge er an Sinn; je sinnvoller der Sport betrachtet wird, um so mehr erzeugt er an Funktion." Sport erscheine da in menschlicher Förderungsgestalt, "wo er das humane Niveau individuell und sozial anhebt, und nicht einfach dort, wo er guantitativ an der Zahl von Mitgliedern und der Summe von Erfolgen gemessen werden kann". Das Verhältnis des Menschen zum Sport lasse sich beschreiben als ein hermeneutischer Zirkel: Einerseits bringe der Sport Werte zum Vorschein, weil der Mensch sie in eigener Verantwortung einbringe. Anderseits wirkten die sich im Sport manifestierenden Werte wieder zurück auf den Menschen. Zum speziellen Verhältnis von Christen zum Sport meint der Autor: "Wenn Christen mit dem Sport zu tun haben, sollten sie dies an seiner Ver-

antwortung zeigen, nicht an seiner religiösen Verbrämung."

NOELLE-NEUMANN, ELISABETH. Die Stärkung der Person – die Bedingung einer europäischen politischen Kultur. In: Universitas Jhg. 38 Heft 3 (März 1983), S. 251–258.

Eine Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der europäischen politischen Kultur sieht die Autorin in einer "Stärkung der Person". In der Vergangenheit habe man sich allzu sehr darum bemüht, Fremdzwänge abzubauen. Schwächere seien dadurch heute überfordert. Eine in dieser Situation unverzichtbare Stärkung des Selbstzwangs sei nicht an seine Stelle getreten. Die Klage über die zunehmende Ichschwäche der Menschen könne inzwischen kaum mehr überhört werden. In diesem Befund sei auch eine wesentliche Ursache für das Unbehagen gerade von Jugendlichen zu sehen. Demoskopisch lasse es sich nachweisen, daß Selbstkontrolle, Selbstbewußtsein und Sich-Wohlfühlen eng zusammenhängen. Demgegenüber sei es heute erheblich schwerer geworden, zur Ich-Stärke zu finden: Der Fremdzwang nehme weiter ab. Die Ermutigung, Selbstbeherrschung zu üben, fehle mehr und mehr. Bei der Suche nach Gründen für Mißstände sei man geradezu fixiert auf die Umwelt, und zugleich zur Selbstkritik nur wenig fähig. Das Fernsehen stelle obendrein noch ein tägliches Training in Bequemlichkeit dar. Als Wege, hier Abhilfe zu schaffen, empfiehlt die Autorin, Selbstverwirklichung als Wert neu auszufüllen mit Selbstbeherrschung und Selbstkritik, sowie eine Verstärkung der lange vernachlässigten Außenstützen der Selbstkontrolle.

Kirche und Ökumene

BOVENTER, HERMANN. Wissenschaft, Wahrheit und Dialog. Das Proprium der Akademiearbeit, rückblickend und gegenwärtig. In: Internationale katholische Zeitschrift Jhg. 12 Heft 2 (März 1983) S. 155–167.

Mit dem gegebenen Zustand seien die Direktoren der Katholischen Akademien nicht zufrieden, stellt Boventer fest. Über die Frage des Selbstverständnisses habe man bei der letzten Herbstsitzung des Leiterkreises keine Einigkeit erzielen können. Auf dem Hintergrund eines Rückblicks auf die Anfänge kirchlicher Akademiearbeit nach dem Krieg plädiert er dafür, die Akademien sollten aufhören, sich mit der allgemeinen Erwachsenenbildung amalgamieren zu wollen. Sie sollten sich vielmehr auf das "geistige Proprium der Akademiearbeit in der Trias von Wissenschaft, Wahrheitssuche und dialogischer Kommunikation" besinnen. Über die Akademien müßten die Kirchen den Zugang zu den Führungsgruppen aus Politik und Wirtschaft, aus dem Geistesleben und den Wissenschaften gewinnen. Die Akademien seien im Theologischen wie "Schaufenster" zur Welt, wo die Kirche werbend zeigen könne, was den Menschen in der Existenzweise einer glaubenslosen Welt betreffe. Als das Herausragende und Exemplarische der Akademiearbeit zeige sich die "Unbestechlichkeit in der Qualität des Angebots und die Verarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf hohem Niveau". Es bräuchte in der Bundesrepublik etwa zehn bis zwölf solcher Katholischer Akademien mit regionaler Schwerpunktbildung und einer gewissen thematischen Arbeitsteilung.

LEROY, HERBERT. Vergebung als Heilung. In: Diakonia Jhg. 14 Heft 2 (März 1983) S. 79–84.

Im Rahmen des Schwerpunktthemas "Buße und Versöhnung" stellt dieser Beitrag einen Aspekt der Sündenvergebung vor, den das Neue Testament neben anderen kennt. Der Autor sieht diesen Aspekt für die "jesuanische Sicht der Vergebung" – so der Untertitel des Beitrags – als einigermaßen typisch an. Sündenvergebung und Heilung seien hier eng miteinander verbunden. Sie stünden für das, was "in Jesu Wirken nur dem

Glaubenden erkennbar ist: daß Gott sich dieser Welt zugewendet hat und aus dem in Not vergehenden Alten Neues schafft". Der Autor meint, eine solche, den einen ganzen Menschen, die eine ganze Welt betreffende Sichtweise sei "weitestgehend unter das Gestrüpp rechtlicher Vorstellungen geraten und in Gefahr, von ihnen erstickt zu werden". Auf die Dauer hänge viel davon ab, ob es der Kirche und den Menschen in ihr gelinge, zu dieser Wahrheit des Evangeliums zurückzufinden, eine Rückkehr, die gezeichnet sei "von der Freude über die Heilung des Menschen".

Personen

In einem Rundbrief an alle Pfarrer seiner hannoverschen Landeskirche hat der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Eduard Lohse, zur Zurückhaltung bei politischen Stellungnahmen der Kirche gemahnt. Man solle nicht voreilig der Möglichkeit nachgehen, eine Erklärung zu dieser oder jener politischen Frage zu verfassen und der Presse zu übergeben. Es solle nachdenklich stimmen, daß zwar Aufmerksamkeit geweckt werde, wenn Pfarrer den Raum politischer Entscheidungen beträten, daß ihnen die Öffentlichkeit bei der Erfüllung ihres eigentlichen Auftrags aber viel weniger Gehör gewähre.

Otto Hermann Pesch, Professor für katholische Theologie an der evangelisch-theologischen Fakultät Hamburg, sagte im Rahmen eines Vortrags aus Anlaß des Lutherjahres in Wien, die nachkonziliare katholische Kirche sei die "befreite Kirche", die Luther von der Predigt der "Rechtfertigung aus Glauben allein" erwartete. Luthers Anliegen sei vom Zweiten Vatikanum im wesentlichen übernommen worden, nur sei dies der überwiegenden Mehrheit von Katholiken und Theologen unbekannt.

Anläßlich eines Besuchs bei der Geschäftsstelle des Bischöflichen Hilfswerkes Misereor in Aachen umschrieb der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), das Verhältnis von staatlicher Entwicklungspolitik kirchlicher Entwicklungshilfe mit der Feststellung: Der Staat rede der Kirche nicht in ihre Entwicklungsarbeit hinein. Ihre Effizienz und ihre Sparsamkeit seien beispielhaft. Internationale Organisationen könnten von einem derartigen Kosten-Nutzen-Verhältnis nur träumen. Der Dank des Staates gegenüber der kirchlichen Entwicklungsarbeit zeichne sich auch 1983 durch eine überdurchschnittliche Zuwachsrate bei der Gewährung neuer Mittel aus.

Größere Wirkungsmöglichkeiten für die Kirche in der ungarischen Gesellschaft forderte der Bischof von Pécs und Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz, József

Cserháti, in einem Beitrag für die Wochenzeitung "Uj Ember". Cserháti nannte ausdrücklich die Familien- und Jugendpastoral, die Katechese und den sozialen Bereich und wandte sich gegen die Auffassung, der Platz für Religion und Kirche sei nur der Kult. Er verwies darauf, die Kirche habe sich aufgrund ihrer bisherigen Haltung zum Staat ein Recht auf Vertrauen erworben und appellierte an die Behörden, Christen als gleichwertige Bürger zu behandeln.

Zum neuen Erzbischof der Kirche von Schweden wurde Ende Februar von der Regierung der 55jährige Bischof Bertil Werkström ernannt. Er wird Nachfolger von Erzbischof Olof Sundby. Der neue Erzbischof war seit 1975 Bischof der nordschwedischen Diözese Hörnösand. Er gilt als Befürworter einer Lockerung der Verbindungen zwischen Staat und Kirche.

Vor falschen Harmonisierungsversuchen im Verhältnis Islam – Christentum warnte der Professor an der Päpstlichen Gregoriana-Universität und katholische Islamexperte, *Iwan Sokolowski SJ*, in einem Vortrag in Innsbruck. Ein Dialog mit dem Islam sei nur als "friedlicher Austausch" möglich, der den Partner zwar an der eigenen Überzeugung teilhaben läßt, aber keinerlei Zugeständnisse erlaubt. In vielen Punkten stünden Christentum und Islam einander diametral gegenüber, beide seien füreinander eine Herausforderung, die in einem konzilianten, aber in der Sache klaren Dialog bewältigt werden müsse.

Der Erzbischof von Chicago und Vorsitzende des Redaktionskomitees für den vieldiskutierten, in Vorbereitung befindlichen Hirtenbrief über Frieden und Abrüstung, Kardinal Joseph Bernardin, erklärte Anfang März, der dritte und endgültige Entwurf des Hirtenbriefes werde Anfang April veröffentlicht und zur Diskussion gestellt. Auf einer geplanten Sondersitzung der US-Bischofskonferenz vom 2. und 3. Mai in Chicago soll er dann verabschiedet werden. Ein Hinauszögern der Verabschiedung komme nicht in Betracht.

Der gegenwärtige Vorsitzende der Bischofskonferenz der USA, Erzbischof John R. Roach von Saint Paul und Minneapolis, hat sich in einem Schreiben an Präsident Reagan gegen Vorwürfe aus amerikanischen Regierungskreisen verwahrt, die Kirche würde gemeinsame Sache mit den Aufständischen in El Salvador machen. Erzbischof Roach bezog sich damit auf Äußerungen von Außenminister Shulz und Vizepräsident Bush, unmittelbar vor dem Papstbesuch in Mittelamerika.

In einem Hirtenbrief, der am 13. März in allen Kirchen des Landes verlesen wurde, protestierte der Erzbischof von Santiago, Kardinal Raul Silva Henriquez, gegen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die katholische Kirche in Chile. Er kritisierte die "zahlreichen Aktionen gegen Priester, Ordensleute und Laien in den vergangenen Jahren" und beklagte den "mangelnden Dialog" zwischen Kirche und chilenischer Regierung. Polizeibeamte, so hieß es in dem Hirtenbrief, besuchten ständig Pfarreien und Kirchen und stellten einfachen Leuten verdächtige und verwirrende Fragen. Es scheine, daß die "Anwesenheit der katholischen Kirche und ihr Einsatz für die Armen, die ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht allein überwinden können", nicht verstanden werde.

Anfang März ist bekannt geworden, daß der Erzbischof von Hanoi und Vorsitzende der Vietnamesischen Bischofskonferenz, Kardinal Trinh van-Can, unter Hausarrest gestellt wurde. Der Arretierung des Kardinals in dessen Residenz waren zahlreiche Verhaftungen von Geistlichen vorausgegangen. Bereits Anfang des Jahres war der Koadjutor von Saigon (Ho-Chi-Minh-Stadt), Erzbischof Nguyen Van Binh, verhaftet worden. Nach Schätzungen befinden sich gegenwärtig etwa 130 katholische Geistliche in Umerziehungslagern.

Beilagenhinweis: Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt vom Patmos Verlag, Düsseldorf, bei.